Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

3.11.1924 (No. 257)

Visual Library

№ 257 Montag, den 3. November 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Eine japanische Stimme zur Reparationsfrage

Aus Tokio wird uns geschrieben:

Der „Japan Chronicle" hat Ende August in einem sehr umfassenden Leitartikel „Paying reparations" das Dawes-Gutachten und die Londoner Konferenz behandelt. Wenn er das Gutachten mit äußerstem Skeptizismus beurteilt und von dem Ergebnisse der Londoner Konferenz nicht weiter sehr erbaut ist, so geht er dabei ganz und gar nicht von den Auffassungen eines Poincaré aus, im Gegenteil, das Blatt erkennt an, daß die auf der Konferenz erzielte Verständigung den einen oder anderen Vorteil mit sich gebracht hat. Es könne ja nicht bestritten werden, daß die **Zurückziehung von Truppen** aus einem Teile des besetzten Gebietes eine Tatsache von großer Bedeutung sei. Allerdings vollziehe sich dieser Abmarsch ein wenig spät, denn er erfolge 10 Jahre nach Kriegsausbruch und 6 Jahre nach dem Ende des Weltkrieges, aber „die Zurückgabe auch nur eines kleinen Landstückes deutschen Bodens an die deutsche Oberherrschaft ist zu begrüßen, denn sie ist ein Zeichen, daß die letzten Jahre doch zu einigem **Nachdenken** geführt haben."

Dieser, wie man zugeben muß, nur recht bedingt begeisterten Anerkennung des Londoner Ergebnisses folgt eine eingehende und nachdrückliche Kritik der Kernstücke der Konferenz, des Dawesgutachtens. Der „Japan Chronicle" anerkennt gewiß die fleißige Arbeit, die in diesem Gutachten steckt, aber der Grundgedanke des Gutachtens scheint ihm verfehlt, nämlich die **Forderung von Reparationen von Deutschland.** „Ist es weise, Reparationen von Deutschland zu verlangen? Man kann wohl die von Ramsay Macdonald eingenommene Stellung verstehen, nämlich daß das Aufgeben aller Reparationsansprüche bei der gegenwärtigen Gemütsverfassung der Alliierten nur zu einem Mißerfolge geführt hätte. Die Staatsmannskunst, wie man sie versteht, verlangte wohl, daß die allgemeine, aber **unweise**, Forderung nach Reparationen berücksichtigt wurde und daß man aus einer **sehr üblen Sache** noch das möglichst Beste machte. Es mag anerkannt werden, daß, wenn überhaupt Reparationen von Deutschland gefordert werden sollen, der Dawesplan noch den besten Weg dazu darstellt. Aber selbst der Dawesplan kann die schlimmen Folgen nicht verhindern, die sich ergeben, wenn man Deutschland in **Schuldknechtschaft von den Alliierten** bringt. Kein Land kann ein anderes Land **versklaven**, selbst nur in dem vergleichsweise bescheidenen Maße wie es der Dawesplan vorsieht, ohne selbst dadurch eine Erniedrigung zu erfahren."

Der „Japan Chronicle" weist nun weiter nach, daß sowohl vom sozialen wie vom **wirtschaftlichen** Standpunkte aus auch die Alliierten unter der Durchführung des Dawesplans zu leiden haben würden. Wenn Deutschland durch intensivste Arbeit den Anforderungen des Planes gerecht zu werden suche, so würde daraus zunächst für Deutschland eine **Verlängerung der Arbeitszeit** resultieren und dann würden die anderen Staaten früher oder später ebenfalls wieder zu einer Verlängerung der Arbeitszeit übergehen müssen. In jedem Fall würden die Alliierten die moralische Verantwortung dafür haben, daß die deutschen Arbeiter unterbezahlt und zugleich überanstrengt werden würden, weil nur so die an Deutschland gestellten Anforderungen einigermaßen erfüllt werden könnten. Denn wenn Deutschland seine Waren dem Auslande im großen Maßstabe verkaufen wolle, so werde es den ausländischen Abnehmern besondere Lockmittel darbieten müssen, entweder im Preise oder in der Qualität, vielleicht in beiden. In jedem Falle aber würden diese Lockmittel das **Ergebnis von Überarbeitung** (sweated labour) sein.

In wirtschaftlicher Hinsicht würden die anderen Länder einen doppelten Nachteil haben. Erstens würde Deutschland, um eine **aktive Handelsbilanz** zu schaffen, bemüht sein müssen, seine Einfuhr aus dem Auslande nach Möglichkeit zu verringern und zu diesem Zwecke würde es **hohe Schutzzölle** einführen müssen, was von manchen wirtschaftlichen Kreisen in Deutschland auch schon verlangt würde. Außerdem würde Deutschland seine Ausfuhr gewaltig steigern müssen, denn man könne nun einmal nicht von der Tatsache freikommen, daß Deutschland um Reparationen zu zahlen, exportieren müsse, denn nur dadurch könne es zu den nötigen Geldmitteln gelangen. So würde also schließlich nicht eigentlich Deutschland die Reparationskosten zahlen, sondern die Alliierten und die neutralen Länder würden es tun, **indem sie deutsche** Waren in größeren Mengen kauften, als sie es bisher getan hätten. Das aber könnte für Handel und Industrie der nichtdeutschen Länder doch starke Nachteile mit sich bringen.

Der „Japan Chronicle" schließt: „Vielleicht ist das Beste, was man wünschen kann, daß die nächsten Jahre **weiteres Nachdenken** über diese Tatsachen mit sich bringen werden und daß man dann den **Dawesplan fallen lassen** wird, wenn die von ihm vorauszusehenden Wirkungen eingetreten sein werden." Da aber der „Japan Chronicle" vorher gesagt hatte, daß der Dawesplan überhaupt das einzige Mittel sei, Reparationen zu erlangen, so sagt er mit seinem Schlußsatze zugleich, daß man die Reparationsforderungen überhaupt werde fallen lassen müssen.

Politische Neuigkeiten

Die Aufnahme von Auslandskrediten

Bei der in Berlin kürzlich abgehaltenen Besprechung der **Ländervertretungen** bestand Übereinstimmung darüber, daß erfreulicherweise der nunmehr in größerem Umfange eröffnete **ausländische Anleihemarkt unmittelbar produktiven Zwecken zugänglich gemacht werden muß.**

Da nun zahlreiche Kreditverhandlungen von **öffentlichen Verbänden**, insbesondere Gemeinden, bereits im Gange sind, unzweckmäßige Abschlüsse aber nach Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank außer einer schädlichen Beeinflussung des ausländischen Anleihemarktes eine ernste Gefahr für Währung und Wirtschaft im Gefolge haben können, erließ der Reichspräsident im Hinblick auf die Vorbereitung bindender Richtlinien eine Verordnung über die Aufnahme von Auslandskrediten durch **Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände**, wonach diese zur rechtsgültigen Aufnahme von Krediten im Auslande und zur rechtsgültigen Begebung von Anleihen im Auslande der **Zustimmung des Reichsministers der Finanzen** bedürfen. Das gleiche gilt, wenn Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände für im Ausland aufzunehmenden Kredit **Bürgschaft** übernehmen oder Sicherheiten stellen, für die Rechtsgültigkeit der Bürgschaftsübernahme oder der Sicherheitsstellung. Der Reichsminister der Finanzen kann die Zustimmung nur versagen, wenn der Reichsrat der Ablehnung zustimmt.

Die Dienstverhältnisse des Reichsbahnpersonals

Von Berliner unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Nach Paragraph 19 des Reichsbahngesetzes sind die Rechts- und Dienstverhältnisse des Personals der Reichsbahngesellschaft durch eine Personalordnung zu bestimmen, die von der Gesellschaft unter Beachtung der Gesetze zu erlassen ist. Das Reichsbahngesetz und das Reichsbahnpersonalgesetz haben nun auf verschiedenen Gebieten der Gesellschaft größere und den Beamten geringere Rechte gegeben, als sie in den Rechtsbeziehungen zwischen der Reichsverwaltung und den Reichsbeamten bestehen. An diesen Gesetzeszustand ist auch die zu erlassende Personalordnung gebunden. Unbegründet aber ist die vielfach verbreitete Annahme, daß die bisherigen Grundlagen des Berufsbeamtentums durch Übergang zum Angestelltenrecht beseitigt wurden, oder daß die Gesellschaft dazu übergehen wolle, das unkündbare Beamtenverhältnis nach und nach in ein kündbares zu verwandeln. Im übrigen werden aus Anlaß der Verhandlungen mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften verschiedene berechtigte Wünsche noch Berücksichtigung finden. Die Bearbeitung der Personalordnung ist im übrigen noch nicht abgeschlossen.

Der Konflikt Ludendorffs mit dem früheren bayerischen Kronprinzen

Wie die „Münchener Zeitung" erfährt, wandten sich Ludendorff nahestehende Kreise an den nationalen Verband Deutscher Offiziere und an den Deutschen Offiziersbund mit der Bitte, beide Verbände möchten sich durch eine Solidaritätserklärung mit Ludendorff gegen die Achterklärung der bayerischen Generale wenden. Der **Deutsche Offiziersbund lehnte das Ersuchen ab.** Der **Nationale Verband** hat noch keinen Beschluß gefaßt. Zu der Entgegnung Ludendorffs auf die Erklärung der bayrischen Generale wird versichert, daß man in den dem Kronprinzen Rupprecht nahestehenden Kreisen den von Ludendorff angekündigten Enthüllungen mit Gelassenheit entgegensehe. Die veröffentlichte Feststellung werde nur bestätigen, daß eine Proklamation des früheren Kronprinzen Rupprecht nach dem Novemberputsch nicht existiere und nicht geplant gewesen sei.

*

Ludendorff hatte als Antwort auf die Erklärung der bayerischen Generäle eine Entgegnung verbreiten lassen, in der er geheimnisvolle Andeutungen über angebliche Sonderpläne des Kronprinzen **Rupprecht** machte. Er, Ludendorff, habe in einer Geheimsitzung erfahren, daß der Kronprinz am 11. oder 12. November (natürlich des vorigen Jahres) einen „besonderen Schritt" habe durchführen wollen. Es sei schon eine Proklamation entworfen gewesen und der Kronprinz sei zur Durchführung seiner Pläne in München eingetroffen. Besondere Umstände hätten dann die Sache vereitelt. Der Bayerischen Volkspartei wird vorgeworfen, daß sie, die früher bezüglich Rupprechts Rückkehr sehr skeptisch gewesen sei, jetzt durch ihren Ministerpräsidenten Propaganda für die Monarchie betreibe. Ludendorff versprach, nach seiner Rückkehr nach München ergänzendes Material veröffentlichen zu wollen.

Zu den Kommunistenverhaftungen

Der Fraktionsvorstand der ehemaligen **kommunistischen Reichstagsfraktion** hat in einem Briefe an den **Reichstagspräsidenten** diesen unter Berufung darauf, daß nach Auflösung des Reichstages laut Reichsverfassung der Auswärtige Ausschuß und der Überwachungsausschuß des Reichtages weiterbestehen und unter Hinweis darauf, daß der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes Haftbefehle gegen sämtliche kommunistischen Mitglieder dieser Ausschüsse erließ, ersucht, sofort alle Schritte zu unternehmen, um die **Immunität** der betreffenden Mitglieder und Abgeordneten **sicherzustellen**, und ihnen somit die Möglichkeit zu verschaffen, die kommunistische Partei in den betreffenden Ausschüssen zu vertreten. Die gleiche Aufforderung hat der Fraktionsvorstand der ehemaligen kommunistischen Reichstagsfraktion an den Vorsitzenden des Überwachungsausschusses und an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gerichtet.

Die Regierungsbildung in England

WTB. **London**, 3. Nov. „Daily Herald" meldet: **Macdonald** beschloß, den **Rücktritt des Kabinetts** morgen dem König mitzuteilen. Die Untersuchung der Sinowjew-Angelegenheit werde nicht weiter fortgeführt als dies Macdonald und seinen Kollegen in der noch vor ihrem Rücktritt verfügbaren Zeit möglich ist.

Viele Minister de Arbeiterkabinetts sind im Begriff, in ihre früheren Stellungen in den Gewerkschaften zurückzukehren.

Der politische Korrespondent des Observer gibt folgende mutmaßliche **Liste der neuen Minister** aus: **Baldwin**, Premierminister, Austen **Chamberlain** Äußeres, Lord **Birkenhead** oder Lord **Cave Lordkanzler**, Neville **Chamberlain**, Gesundheitsminister, **Amery** Flotte, Sir Samuel **Hoare** Luftfahrt, **Churchill** würde zwar nach Ansicht des Korrespondenten einen vorzüglichen Schatzkanzler abgeben, werde aber wahrscheinlich wegen der Kürze der Zugehörigkeit zur Partei einen anderen Posten erhalten. Sir Robert Horne scheine bereit zu sein, Schatzkanzler zu werden.

*

WTB. **London**, 3. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegaph" schreibt, die neue unionistische Regierung werde, was die unterbrochenen deutsch-englischen Verhandlungen über einen **Handelsvertrag** betreffen, energisch — sei es gegenüber Deutschland oder jedem anderen Lande — dem britischen Handel u. die britische Industrie vor unbilligem Wettbewerb verteidigen. Sie werde auch sicher im Zusammenhang damit den von Macdonald versprochenen, jedoch niemals ernannten repräsentativen Ausschuß zu diesen Beratungen heranziehen. Macdonald habe den **deutschen Entwurf** des Handelsvertrags niemals einer derartigen Körperschaft unterbreitet.

„Daily News" schreibt, der politische Kampf der allernächsten Jahre werde nicht im Parlament, sondern im Lande gekämpft werden. Der Liberalismus bleibe die politische Stimme der großen Körperschaften und der öffentlichen Meinung, die sich der Tories-Reaktion ebenso widersetze, wie den revolutionären Experimenten.

*

WTB. **London**, 3. Nov. Bei den am Samstag vorgenommenen **Gemeinderatswahlen** in England (mit Ausnahme von London) gewannen die Konservativen 50 und verloren 42, die Liberalen gewannen 18 und verloren 42, die Arbeiterpartei gewann 51 und verlor 31, die Unabhängigen gewannen 14 und verloren 18.

Die amerikanische Präsidentenwahl

Am morgigen Dienstag ist der eigentliche Wahltag für die amerikanische Präsidentenwahl. Da in der amerikanischen Arbeiterförderation eine Spaltung eingetreten ist, haben sich die Aussicht **Lafolettes** verschlechtert. Die Wiederwahl von Präsident **Coolidge** erscheint nach allen eingehenden Berichten über die Stimmung im Lande als nahezu sicher. Es besteht nur noch eine entfernte Möglichkeit, daß Lafolette soviel Stimmen erhält, daß Coolidge nicht die absolute Mehrheit erlangt und daher die **Entscheidung vom Kongreß** zu treffen ist. Die Republikaner haben im Weißen Haus 221 Sitze von einer Gesamtzahl von 435. Die Lafolettisten im Repräsentantenhaus werden, wie sicher erwartet wird, gegen Coolidge stimmen. Im Senat, wo 32 Mitglieder von 96 neu zu wählen sind, hoffen die Republikaner ihre nominelle Mehrheit, die augenblicklich durch 51 Sitze gebildet wird, zu erhalten. Diese 51 schließen aber die „Insurgenten" genannten Anhänger Lafolettes ein, d. h. eine absolut sicheres Element, das schwer zu lenken ist und mit dem vor allem nicht als Hilfstruppe zu rechnen sein wird. Selbst wenn die Republikaner die nominelle Mehrheit durch die Wahl behalten sollten, ist ihnen diese dann noch absolut nicht sicher für die ganze Legislaturperiode.

*

Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen stimmt das Volk nicht direkt für den Präsidenten, sondern für **Wahlmänner**, deren es in den 48 Staaten der Union 531 gibt. Coolidge muß mehr als die Hälfte davon haben, also mindestens 266. Wie wenig infolge der ziemlich ungleichen Verteilung dieser Wahlmänner-Stimmen das Votum mancher Staaten ins Gewicht fallen kann, geht aus dem Resultat von 1912 hervor, da Roosevelt mit 4 126 020 Stimmen 88, Taft mit 3 483 922 aber nur 8 Wahlmänner bekam, während der Sozialist, der fast eine Million Stimmen hatte, im „Electoral College" überhaupt leer ausging. Das Resultat der Wahl am 4. November wird erst **am 11. Februar 1925** im Repräsentantenhause formell ermittelt und verkündet. Natürlich weiß man es schon am 5. November, aber die amtliche Feststellung erfolgt erst im Februar, und dann erst setzt sich die Maschinerie in Bewegung, die dem Lande einen neuen Präsidenten geben soll, falls die Volkswahl dies noch nicht entschieden hat. Dann muß die Wahl des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatsoberhauptes nämlich durch das **Repräsentantenhaus** erfolgen. Aber dieses stimmt nun nach Staaten ab, d. h. jeder der 48 Staaten hat nur eine Stimme.

*

WTB. **London**, 3. Nov. Der Washingtoner Korrespondent des „Observer" meldet, daß die Präsidentschaftskampagne gestern beendet worden sei. Der Montag sei ein Ruhetag, um den Wählern Gelegenheit zur reiflichen Überlegung zu geben. Am **Dienstag** würden die **Wahlen** stattfinden. Man glaubt, daß die Deutsch-Amerikaner, die Sozialisten und auch eine Anzahl Demokraten für den Senator **Lafolette** stimmen werden, der der Kandidat der sogenannten dritten oder Fortschrittspartei ist. Doch gilt die **Wahl Coolidges** zum Präsident und General Davis zum Vizepräsidenten als **sicher**.

Rücktritt des chinesischen Präsidenten

Der Präsident der chinesischen Republik, **Tsao Kun** hat die Unhaltbarkeit seiner Stellung eingesehen und seinen **Rücktritt** durch eine Botschaft an das Parlament erklärt. Das Parlament wird ihn zweifellos annehmen. **Wu Pei-fus** Generalstabschef wurde **gefangen**. Wu Pei-fu zieht sich nach seiner Niederlage auf Tientsin zurück. Man betrachtet den auf dem nördlichen Kriegsschauplatz geführten Krieg nach dem entscheidenden Sieg der mandschurischen Truppen als **beendet**. Diese nahmen in Schanghaikwan 30 000 Tschili-Soldaten gefangen. Tschang Tso-lin bereitet sich vor, drei Divisionen gegen Tientsin zu schicken, um Wu Pei-fu endgültig niederzuwerfen.

*

WTB. **Tientsin**, 3. Nov. Zwischen **Feng-Yu-Hsiang**, der die Kontrolle über Peking in Händen hat, und **Wu-Pei-Fu** sind **Friedensverhandlungen** im Gange. Die beiden Generäle schlossen einen Waffenstillstand ab. Die Kämpfe hörten auf.

Kurze Nachrichten

Das Potsdamer Militärwaisenhaus feierte sein 200jähriges Jubiläum. Es ist im Jahre 1724 entstanden. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. legte einen Fachwerkbau an, in dem die Waisenkinder der gefallenen Soldaten ihre Erziehung genießen sollten. Er gestattete jedoch, daß vielfach auch Soldatenkinder, die noch ihre Eltern hatten, in dem Militärwaisenhaus erzogen würden. Erst während der Regierungszeit Friedrich des Großen hat die Anstalt in einem massiven Bau Unterkunft gefunden. 500 Zöglinge nahmen an dem Jubiläumsfest teil.

Eine deutsche Gefallenengedenkfeier in Paris. Auf dem Friedhof Ivry in Paris fand am Samstag vor den Gräbern der dort beigesetzten, während des Krieges gefallenen Deutschen eine schlichte Gedenkfeier statt, der der deutsche Botschafter, die Beamten der übrigen deutschen Dienststellen in Paris, sowie die deutschen Journalisten und viele andere Deutschen beiwohnten. Botschafter von Hoesch legte für die Botschaft, und Frau Gesandtschaftsrat Forster für die deutschen Frauen in Paris eine Blumenspende nieder.

Owen Young, der zurücktretende Agent für die Reparationszahlungen, reiste am Samstag abend von Berlin nach London.

Die Militärkontrolle. Vom 8. September, dem Beginn der Generalinspektion, bis zum 25. Oktober wurden im ganzen 793 Kontrollbesuche durch die interalliierte Militärkontrollkommission ausgeführt. Hiervon entfallen auf die Truppenstäbe 136, die Festungen, Übungsplätze und Zeugämter 117, die Dienststellen in der Heeresverwaltung 83, die Polizei 205 und die Fabriken 252 Besuche.

Die Gehaltszahlungen der Beamten. Eine Berliner Korrespondenz hatte gemeldet, daß Erörterungen über die **Vierteljahrsgehaltszahlungen** für die Beamten innerhalb der Reichsregierung stattgefunden hätten. Der „Frankf. Ztg." zufolge, trifft das **nicht** zu. Die Frage ist zurzeit auch gar nicht akut, da die Gehaltszahlung im Etat geregelt ist; sie könnte erst akut werden für den neuen Etat.

Die Steuerverteilungen in Preußen. Der preußische Innenminister gibt folgende Steuerverteilungen bekannt: a) **Einkommensteuer:** Abschlag für Oktober: auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 2.50 Mark, für die Landkreise 35 und für die Provinzen 20 Goldpfennig. b) **Dotationen:** Abschlag für Oktober: Gesamtbetrag 1 600 000 Goldmark. Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahlen vermag jede Gemeinde sich den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

Für Auflösung des thüringischen Landtages. Die kommunistische Fraktion des thüringischen Landtages hat einen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages mit der Tagesordnung: Auflösung des Landtags, eingebracht. Die Einberufung des Landtags ist von der Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion abhängig, die zu erwarten ist.

Der Bußtag in Thüringen. In einer Notverordnung der thüringischen Regierung vom 30. Oktober wird der Bußtag in Thüringen wieder zum gesetzlichen Feiertag erklärt. In einer zweiten Notverordnung wird der gesetzliche Feiertag am 9. November in Thüringen aufgehoben. Die beiden Notverordnungen treten sofort in Kraft.

Die französischen Sozialisten für Herriot. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat, wie aus **Paris** gemeldet wird, einstimmig eine Tagesordnung angenommen, die bestimmt, daß die Unterstützungspolitik gegenüber der Regierung Herriot fortgesetzt wird.

Herriot und Polen. Der „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß Ministerpräsident Herriot sich bemühen werde, namentlich angesichts der Anerkennung von Sowjetrußland Polen einen **besonderen Beweis der Zuneigung** zu geben. Er habe in Warschau den Vorschlag unterbreitet, die französische Gesandtschaft in eine Botschaft umzuwandeln. Das Gleiche geschehe seitens der polnischen Regierung, die ebenfalls in Paris einen Botschafter ernennen wird.

Der Kroatenführer Raditsch geflüchtet. Nach Meldungen aus Agram ist Raditsch, nachdem er eine heftige Rede gegen die Krone gehalten hatte, ins Ausland geflüchtet.

Die türkische Nationalversammlung in Angora wurde am Sonntag mit einer Rede Mustapha Kemal Paschas über die innere und äußere Politik eröffnet. Er erklärte, die Armee sei bereit für alle Notfälle. Hinsichtlich der Mossulfrage erwarte die Türkei vertrauensvoll die Entscheidung in Übereinstimmung mit ihren legitimen Rechten. Die Beziehungen mit Frankreich würden dank der Regelung des Streites über die syrische Grenze immer herzlicher. Die Beziehungen zu Sowjetrußland besserten sich ständig. Die Türkei habe Vertrauen zum Völkerbund gezeigt, und ein wahrer Völkerbund würde sich als Friedensgarantie erweisen.

Badischer Teil

Eine Rede des Staatspräsidenten Dr. Köhler

Staatspräsident Dr. **Köhler** sprach, wie schon kurz berichtet, in **Freiburg i. Br.** am Nachmittag der Bischofsweihe beim Essen im Theologischen Konvikt. Nach dem Glückwunsch an den Erzbischof, an den Weihbischof und die Erzdiözese fuhr Dr. Köhler fort:

„Auf die Vergangenheit unserer Erzdiözese trifft das stolze Wort des römischen Geschichtsschreibers Livius zu, da er von seinem Volk sagte: „et magna pati, et magna facere, Romanum est!" **Große Leiden, große Taten, das ist Römerart!** Dieses Wort gilt nicht nur dem römischen Volke, wir dürfen es voll Berechtigung anwenden auf das Leben und Werden der Erzdiözese Freiburg in den letzten hundert Jahren. Es waren fast hundert Jahre Leidensgeschichte; ein Weg des Kreuzes, der Mühen und Sorgen und oft, sehr oft schwerster Bedrückung. Zwei Ihrer Vorgänger, hochwürdigster Herr Weihbischof, Hermann von Vicari und Lothar von Kübel sagen mit ihren Namen dem Kenner der Geschichte der katholischen Kirche in Baden von Nöten und Kämpfen schwerster Art, berichten aber auch von heldenhaftem apostolischem Verhalten der Führer und des Volkes. Denn das katholische Volk zeigte sich in jenen schweren Zeiten groß im Leiden. Mutig und entschlossen unter gleich hervorragender bischöflicher wie weltlicher Führung rang es um gleiche Rechte, um die Befreiung der Kirche, wie der eigenen religiösen Persönlichkeit und Betätigung von den Fesseln staatlicher Bevormundung. Hart und rücksichtslos griff die Staatsgewalt zu. Es waren Zeiten schwerster Bedrückung. **Vergeßt sie nicht, die ihr in eurer eigenen Erinnerung nicht mehr in sie hineinragt! Denn dieses Vergessen könnte verhängnisvoll werden!** Große Leiden; aber diese Leidenszeit war für Badens Katholiken auch eine Zeit großer Taten. Um die Jahrhundertwende sprach Kardinal Steinhuber in Rom einem badischen Priester gegenüber das bedeutungsvolle Wort: **„Es ist geradezu ein Wunder, wie diese Erzdiözese aus den tiefsten Tiefen des Elends mit an die erste Stelle gerückt ist."** In diesem Wort ist gleichermaßen die Anerkennung enthalten für die Führer wie für das Volk.

Dann kamen die Tage der Umwälzung, die dem badischen Volk eine neue Staatsform, eine neue Verfassung brachten. Seit Frühlingsanfang 1919, dem Tage der Erlassung der neuen badischen Verfassung, ist die Kirche im Lande Baden frei. Unabhängig vom Staat, frei in der Art ihrer Betätigung kann sie nunmehr ihren Weg gehen, wie ihn ihr Stifter Jesus Christus vorgeschrieben hat. Sie ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten frei und selbständig; die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen. Das Kirchengut und die Güter und Einkünfte der kirchlichen Stiftungen dürfen ihrem Zweck nicht entzogen werden. Es ist eine der stolzesten Erinnerungen meiner politischen Betätigung, daß ich seinerzeit an der Befreiung der Kirche aus den Fesseln der Staatsgewalt mitwirken durfte. **Denn ich bin auch als Minister meines Landes Christ und handle als solcher, nicht nur im Privatleben, sondern auch in meinem Amte, in meiner ganzen öffentlichen Betätigung.** Wir haben die Kirche freigestellt, nicht aus Geringschätzung, nicht weil wir glaubten, der Staat könne sich der Mitarbeit der Kirchen entschlagen. Nein, die Verfassungsbestimmung wurde erlassen aus dem Gefühl höchster Wertschätzung. Für mich und meine Freunde galt und gilt das Wort des großen Bekennerbischofs Ketteler: **„Die Grundlage der ganzen geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes, seiner Kultur und seines sittlichen Wesens ist die christliche Religion. Ihr verdankt das deutsche Volk seine höchsten geistigen Güter."** Auf dieser Anerkennung heraus haben wir die freie Kirche am Staat geschaffen. Es ist unser fester Wille, daß Kirche und Staat nicht **nebeneinander** hergehen sollen wie zwei Fremde, sondern daß sie **miteinander** arbeiten wie zwei Freunde für Leib und Seele, für das diesseitige und das jenseitige Leben unserer Volksgenossen. Es ist uns ernst um Zusammenarbeit und Frieden mit den Kirchen. Es ist uns ernst mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Kirchen.

Aber gebe man sich keinerlei Illusionen hin. Auch bei uns in Deutschland gibt es Volksgenossen, die diese Freiheit insbesondere der katholischen Kirche nicht gerne sehen. In dieser feierlichen Stunde versage ich es mir, auf diese häßlichen Erscheinungen näher einzugehen Aber der warnende Ruf sei erhoben. **Ein neuer Kulturkampf wäre das Schlimmste, was dem deutschen Volke zu allen Sorgen noch aufgeladen werden könnte.** Dieser Kampf wird nicht kommen, wenn das katholische Volk und seine Führer einig und entschlossen zusammenstehen, um die gewaltige Aufgabe zu lösen, die heute dem Christentum gestellt ist.

Das **„panta rhei"** des griechischen Denkers ist heute das Losungswort für unser ganzes politisches, wirtschaftliches und soziale Leben. Der arme Mensch innerhalb all diesem Ringen sucht nach festem Boden, nach einem Halt. Stellen wir in dieses **panta rhei** den Felsengrund fester Orientierung unserer Kirche, in der **ewig** sind die geoffenbarten **Wahrheiten, ewig die Gesetze** der Moral und **ewig das große Ziel** aller Menschen. Stellen wir all dem Kleinen und Kleinlichen die große Aufgabe des Christentums in Deutschland gegenüber: **Bewahrung des christlichen deutschen Volkstums, Durchdringung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit den Ideen und Kräften des Christentums**; dann führen wir den Einzelnen seinem Ziele entgegen und dienen der Gesamtheit durch die große Tat.

Diese Aufgabe erfüllt die katholische Kirche in Baden unter der kraftvollen Führung Sr. Exzellenz des Erzbischofs Dr. Carl. In ihm und seinem Amte sehen wir Katholiken das Symbol unserer hl. Kirche. **Wo der Bischof, da die Kirche.** Unserer Verehrung für die Kirche, für ihren Führer in der Erzdiözese geben wir begeisterten Ausdruck, indem wir rufen: Seine Exzellenz, der Herr Erzbischof Dr. Carl, er lebe hoch!"

Tagung

Die **Kirchlich-positive Vereinigung** wird am 12. November in **Karlsruhe** eine außerordentliche Hauptversammlung abhalten. Auf ihrer Tagesordnung stehen ein Bericht über die Landessynode, das Winterprogramm und Wahlen.

Zum Kapitel „Preisabbau"

Von der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels erhalten wir eine Zuschrift, in der u. a. ausgeführt wird:

Nach einer kurzen Pause der Ruhe tauchen jetzt mehr und mehr wieder Artikel in Tageszeitungen auf, die sich mit der Preisgestaltung beschäftigen und unter Hinweis auf die „Preisabbauaktion" der Reichsregierung heftige Angriffe gegen Produktion, Handwerk und Handel richten, welche Stände „die Verbilligung der Kohle, der Frachten und der Umsatzsteuer zwar dankbar in Empfang genommen hätten, ihrerseits aber an einen Preisabbau nicht dächten und nur den Gewinn erhöhten." Meist werden in diesen Artikeln die gegenwärtigen Preise den Preisen der Vorkriegszeit gegenübergestellt und ein „ungeheuerliches Verhältnis" zu diesen und zu den derzeitigen Löhnen herausgerechnet.

Was das Letztere anbelangt, so bedauert niemand mehr als der Einzelhandel, daß das Verhältnis zwischen den Gehältern u. Löhnen u. den Warenpreisen eine so scharfe Spannung aufweist. Der Einzelhandel hat durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerung einen wesentlichen Teil seiner Umsätze verloren und er würde es dankbarst begrüßen, wenn es möglich wäre, durch eine entsprechende Erhöhung der Gehälter und Löhne langsam wieder den Friedensumsätzen nahezukommen. Welch unüberwindliche Schwierigkeiten aber dem Angleich der Löhne an die Warenpreise entgegenstehen, Schwierigkeiten, die in erster Linie aus der Tatsache und den Folgen des verlorenen Krieges resultieren, ist wohl genugsam bekannt, um hier noch näher darauf eingehen zu müssen.

Nahezu ebenso geläufig sind jedem denkenden Menschen die Gründe, warum eine generelle Senkung der Warenpreise auf Vorkriegshöhe nicht möglich ist. Die Produktions- und Warenpreise liegen heute in der ganzen Welt wesentlich über Friedenshöhe und Deutschland kann doch als dasjenige Land, das von den Kriegsfolgen am härtesten betroffen ist, in dieser Hinsicht nicht besser gestellt sein, als die Siegerstaaten. Wir sind von den Weltmarktpreisen zwingend abhängig, da wir Rohwaren und Weltmarktartikel in umfangreichstem Maße einführen und nach dem Verlust unserer Kolonien keine Möglichkeit besteht, uns selbst zu helfen. Dazu kommt der ungeheure Leerlauf eines Teiles unserer Produktion, der nach dem gegenwärtigen Kalkulationsmodus außerordentlich preisverschärfend wirkt, sowie weiter die Tatsache, daß Industrie, Handwerk und Handel heute mit Steuern in einer Höhe belastet sind, die nicht nur jeden Gewinn illusorisch macht, sondern auch das Betriebsvermögen mehr und mehr verkleinert, soweit es nicht schon der Inflation zum Opfer gefallen ist. Die Generalunkosten, die heute auf jedem Stückchen Ware lasten, sind auf einen Prozentsatz angewachsen, der geradezu schreckenerregend wirkt. Hierin liegt mit ein Hauptgrund unseres Elends.

Der Einzelhandel hat im Frühjahr und auch noch im Sommer dieses Jahres den Versuch gemacht, einseitig die Preise auf ein erträgliches Niveau herabzusetzen und er sträubt sich heute noch mit Händen und Füßen gegen jede Erhöhung, die ihm irgendwie vermeidbar erscheint. Wenn diese Preisherabsetzung aber dauernd einseitig bleibt, und wenn nahezu jedes neue Stück Ware zu einem höheren Preis eingekauft werden muß, als das alte den Laden verlassen hat, dann kann der Einzelhandel allein die Situation nicht retten, es sei denn, daß er neben dem längst schon eingetretenen Verlust seines Vermögens auch noch seine Existenz drangeben will. Wir haben Belege dafür in Händen, daß in der **Textilbranche** bei einzelnen Warengattungen seit Sommer dieses Jahres bis zu 30 Proz. Erhöhungen im Einkauf eingetreten sind und nicht viel besser sieht es auch auf anderen Gebieten aus. Glaubt der Konsument wirklich allen Ernstes, daß die Wirtschaft auf die Dauer in der Lage ist, die ungeheuerlichen Lasten zu tragen, die ihr von Staats- und Gemeinde wegen aufgebürdet sind, ohne daß sich diese Lasten in einem — wenn

Badisches Landestheater

Fidelio.

In der sonntäglichen **Fidelio**-Aufführung interessierte vor allem der Gastdirigent **Wilhelm Franz Reuß** vom Charlottenburger Opernhaus, der (wie ich höre) vom 1. Januar an bis zum Ende der Saison vom Landestheater zu weiteren Gastspielen verpflichtet wurde. Ungleich günstiger und geschlossener, als seine Direktion des „Lohengrin" vor einigen Wochen wirkte die Darbietung dieses einzigartigen Werkes. Vor allem verstand der musikalische Leiter, seinen anfeuernden Willen allen Mitwirkenden aufzuzwingen und dem hohen Lied von Menschenwürde und Weibestreue seine besondere Auslegung zu geben. Mit allem konnte man zwar nicht einverstanden sein; gerade die so laut beklatschte Leonore-Ouvertüre Nr. 3 schien des großzügigen Aufbaus zu entbehren und sich in Einzelheiten zu verlieren. Viel eindringlicher wirkten dagegen die Vorspiele zum 1. und 2. Akt. Auch das Brio der Schlußszene dünkte denn doch überhastet und der ebenso feierlichen wie freudigen Apothese widersprechend. Eklatant zeigte sich aber energisches Können bei den dramatischen Höhepunkten des Ganzen und ebenfalls bei den zarten Ausdruckswerten der Partitur. Wenn man berücksichtigt, daß dem Dirigenten zum Ausfeilen wohl sehr wenig Zeit zur Verfügung stand, so ist das Letztere ein besonders wertvoller Gradmesser für seine Musikalität. — Das Orchester folgte den Intonationen des Dirigenten so gut es konnte. Spezialitäten der Hörner erfuhren dabei oft eine störende Einbuße, auch das übrige Blech gab z. B. am Ende der Leonore-Ouvertüre nicht das, was der Dirigent augenscheinlich von ihm erwartete. Die Leistungen der Solisten sind bekannt; neu war nur der Minister **Christ. Landers**, der aber trotz einer leicht nervösen Unsicherheit seinen Part schön sang. H. **Iracema Brügelmann** hat man übrigens die Titelrolle schon frischer singen hören, auch **Rudolf Balve** (Floresta) und **Anny Rys** (Marzelline) blieben der stimmlichen Qualität ihrer Aufgaben Einiges schuldig. Das gutbesuchte Haus war trotzdem sehr beifallsfreudig und rief auch den Dirigenten wiederholt vor die Rampe. H. Sch.

Richard Strauß legt seinen Wiener Posten nieder. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten" erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß **Richard Strauß**, der zurzeit wegen der bevorstehenden ersten Aufführung seiner neuen Oper „Intermezzo" sich in Dresden aufhält, seine Stellung als Generalmusikdirektor und Leiter der Wiener Oper niederlegte. Als Grund gibt das Blatt an, daß ein österreichischer Beamter eigens nach Dresden kam, um Strauß ein ohne sein Wissen ausgearbeitetes neues Dienstreglement zur Unterschrift vorzulegen und um dessen Annahme zu ersuchen.

Erweiterung des Bayreuther Festspielhauses. Der Stadtrat in **Bayreuth** beschäftigte sich mit den Plänen zur Erweiterung des Festspielhauses. Der Bühnenbau soll einen ziemlich großen Anbau mit den notwendigen Einrichtungen für den Hin- und Hertransport der größeren Dekorationsstücke und Requisiten erhalten. Im oberen Stock sind ein Orchesterproberaum, ein Gesangsproberaum und noch einige andere kleine Räume vorgesehen. Die Pläne wurden prinzipiell gutgeheißen und sollen möglichst rasch zur Ausführung gebracht werden.

Ein Serum gegen den Scharlach. Auf dem Kongreß für Kinderheilkunde in Mailand berichtete der römische Professor **Caronia** über erfolgreiche Ergebnisse bei der Bekämpfung des Scharlachs, Krankheitserreger aus dem Blute von Scharlachkranken wurden in Kulturen gezüchtet und zur Herstellung eines **Serums** verwandt, das den Kindern eingespritzt wurde um sie vor Scharlacherkrankung zu bewahren. 4000 Kinder wurden mit Scharlach behandelt. Nur bei 7 Kindern ließ sich kein Erfolg nachweisen. Der Kongreß folgte mit großem Interesse den Ausführungen Caronias über das neue Verfahren, das von der ärztlichen Welt als Fortschritt auf dem Gebiete der Bakteriologie angesehen wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

auch vielleicht nur langsamen — Ansteigen der Preiskurve bemerkbar machen? Zur Erzielung und Anhäufung von Überschüssen ist unsere Wirtschaft zu schwach: man möge froh sein, Deckung für den absolut notwendigen Bedarf zu finden und möge auch diesen „notwendigen Bedarf" unter dem Gesichtswinkel eines sparsamen Hausvaters noch ein- und mehrmal überprüfen.

Aus der Wahlbewegung

Baden

Der sozialdemokratische Parteitag hat am gestrigen Sonntag in **Karlsruhe** im Landtagsgebäude getagt und die Aufstellung folgender drei Reichstags-Kandidaten welche für die Wahl in Frage kommen, beschlossen:

1. Redakteur Oskar **Geck**-Mannheim,
2. Redakteur Georg **Schöpflin**-Karlsruhe.
3. Kaufmann Stefan **Meier**-Freiburg.

Die sozialdem. Partei hat bei der Reichstagswahl am 4. Mai 142 800 Stimmen erhalten; sie braucht 38 000 Stimmen mehr wie damals um auf **drei Abgeordnete** Anspruch machen zu können. Wie auf dem Parteitag gesagt wurde, rechnet die sozialdemokratische Partei, diese 38 000 Stimmen mehr am 7. Dezember sicher zu erhalten. — Den Abschluß bildete ein Referat des Reichstagsabg. **Crispien**-Berlin.

Über die Frage der **Auflösung des Landtages** wurde auf dem sozialdem. Parteitag **nicht** gesprochen.

Volkspartei und Deutschnationale

Zu dem Vorschlag des **Landbundes** und der **Deutschnationalen** in Baden, daß sich die **Deutsche Volkspartei** mit ihnen zur Bildung einer gemeinsamen Reichstags-Wahlliste in Baden zusammenschließen möchte, hat der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei folgende **Entschließung** gefaßt:

„Der geschäftsführende Ausschuß des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei hat in seiner Sitzung vom 1. November den Vorschlag einer gemeinsamen Liste mit dem Landbund und der Deutschnationalen Volkspartei für die Reichstagswahl geprüft.

Er hat sich von der **Zweckmäßigkeit** dieses Vorschlages **nicht überzeugen** können. Die Deutsche Volkspartei hat seit Monaten unbeirrt das Ziel verfolgt, zur Fortführung nationaler Realpolitik und zur inneren Konsolidierung den Krisenzustand von Minderheitsregierungen durch Herstellung einer **tragfähigen Regierungsmehrheit bürgerlicher Fraktionen** zu beseitigen. Das Ziel erfordert die Gewinnung möglichst vieler Mandate für die Parteien, die hierfür in Betracht kommen. Dieser Erfolg ist auf dem vorgeschlagenen Wege der gemeinschaftlichen Liste schwerer zu erreichen als durch **getrenntes Vorgehen.** Hierzu kommen Rücksichten auf die von den Reichsleitungen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkampf eingenommenen Stellung. Beide Parteien haben in diesen Tagen die **Parole selbständigen Vorgehens** ausgegeben. Abweichende Forderungen für Baden würden daher die **allgemeinen politischen Grundlagen** für den Wahlkampf der beiden Parteien im Reich verschieben."

Reich

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Der Landesausschuß der **bayrischen Volkspartei** befaßte sich am Sonntag in **München** mit dem Ergebnis der **Verhandlungen,** die am 28. Oktober in Berlin zwischen Vertretern der **bayerischen Volkspartei und der Zentrumspartei** zur Herstellung des Burgfriedens für die Wahlen stattgefunden haben. Der Landesausschuß beschloß, das vom Vorstand der Zentrumspartei unterbreitete Wahlabkommen für **undurchführbar** zu erklären. Er bleibe bei dem Vorschlag, im Wahlkampfe Bayern einschließlich der Pfalz der bayrischen Volkspartei, das übrige Deutschland aber dem Zentrum zu überlassen. Seitens der Parteileitung der bayrischen Volkspartei soll mit der Leitung der Zentrumspartei in diesem Sinne in Verbindung getreten werden. Bei den Verhandlungen am 28. Oktober erklärte sich der Vorstand des Zentrums wohl bereit, auf jede Beteiligung an den Wahlen im rechtsrheinischen Bayern zu verzichten; dagegen verlangte das Zentrum für die **Rheinpfalz** einen Kompromiß, dahingehend, daß die bayrische Volkspartei und das Zentrum dort eine gemeinsame Liste aufstellen sollen, mit den Kandidaten der bayrischen Volkspartei an der Spitze und den Kandidaten des Zentrums an zweiter Stelle. Außerdem sollen die Wahllisten der Pfalz mit der Reichsliste des Zentrums verbunden werden.

Demokratischer Parteitag

Im Sitzungssaale des Preußischen Landtages zu Berlin, fand am Sonntag der außerordentliche **Parteitag** der **Deutschen Demokratischen Partei statt.** Reichsminister a. D. **Koch** gab zunächst einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Er verteidigte die bisherige Politik der demokratischen Partei und betonte, daß die Überzeugung von der Richtigkeit dieser Politik, die zunächst sehr unpopulär gewesen sei, jetzt in allen Köpfen wachse. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Koch dann der Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung zu. Er stellte zusammenfassend fest, daß nach seiner Ansicht die deutsche Außenpolitik mit einer solchen Partei an maßgebender Stelle in die Regierung zur Erfolglosigkeit verurteilt sei. Aber auch innerpolitisch wäre der Eintritt der Deutschnationalen in diesem Augenblick eine schwere Gefahr und würde zu inneren Wirren und damit zu katastrophalen Rückschlägen im Wirtschaftsleben führen. Weiter erklärte der Redner, daß das Anlehnungsbedürfnis der deutschen Volkspartei nach rechts Deutschland von Krise zu Krise führe. Zum Schluß bezeichnete er es als Aufgabe der Demokratie, den Staat mit Volksgeist zu erfüllen und das Volk mit Staatsgeist. Reichswirtschaftsminister **Hamm** begrüßte den Anfang der Verständigung der Völker und der Gesundung und Befreiung der deutschen Wirtschaft und ging dann eingehend auf die Meinungsverschiedenheiten in der demokratischen Partei ein. Er schloß mit der Hoffnung auf eine Überbrückung aller Gegensätze in einer wahrhaft demokratischen Volksgemeinschaft. Einstimmig angenommen wurde eine von Dr. **Köhler**-Berlin eingebrachte **Entschließung,** in der es u. a. heißt: Der Parteitag erkenne nach eingehender Aussprache ausdrücklich an, daß der bewährte **Weg der Mitte** nicht von der Partei zu verlassen sei. Die Politik der extremen Parteien müßte sowohl außen- wie innerpolitisch unabsehbare verhängnisvolle Folgen haben. In dem von der Deutschen Volkspartei aufgezwungenen Wahlkampf kämpfe die Demokratische Partei für die entschlossene Durchführung einer demokratischen Außenpolitik, für die Freiheit des Reiches und des Rheins und für ein Großdeutschland, für die Sicherheit der deutschen Republik und für einen kraftvollen Liberalismus, der die Klassen-, Kasten-, Rassen- und Standesgegensätze überwinde. — Der Parteitag der Demokratischen Partei war Samstag abend mit einer feierlichen Begrüßung der Gäste im Reichsagsgebäude eingeleitet worden. In der vorausgehenden Tagung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe wurde nach mehrstündiger Aussprache einstimmig die **Vertrauenskundgebung** für die Leitung des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion beschlossen.

Die Deutsche Volkspartei in der Pfalz

Die Deutsche Volkspartei der Pfalz hat in **Neustadt a. H.** ihren von über 250 Delegierten besuchten Vertretertag, der die erste Zentralversammlung darstellt, die die Pfalzpartei seit 2 Jahren in ihrer Heimat abhalten konnte, abgehalten. Der Vorsitzende Abg. **Burger** dankte der Reichstagsfraktion und Dr. Stresemann für die erzielten Erfolge, die die besetzten Gebiete wieder den Zusammenhang mit dem Vaterlande zurückgegeben hätten. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten **Zapf** über die politischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate, beschloß die Vertreterversammlung, **selbständig** in den **Wahlkampf** einzutreten.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Jubiläum der Firma Eugen v. Steffelin

Eine der bedeutendsten Firmen des badischen Verkehrsgewerbes, die Speditionsfirma **Eugen von Steffelin** in **Karlsruhe,** gegründet 1877, feierte am Samstag die 30. Jährung der Übertragung der Amtlichen Güterbestätterei an den heutigen Seniorchef Eugen v. Steffelin nachdem in der Nachkriegszeit von einer Feier zum 25jährigen Jubiläum Abstand genommen war. Samstag abend fand im Eintrachtsaal **ein Festakt** statt, den die Firma ihren Angestellten und Arbeitern gab und zu dem auch zahlreiche Gäste erschienen waren, u. a. als Vertreter der Reichsbahndirektion Regierungsrat **Singrün,** als Vertreter der Oberpostdirektion Oberpostrat **Löffler,** Oberbürgermeister Dr. **Finter,** der Vizepräsident der Handelskammer, Stadtrat **Künkel,** Direktor **Münscher** von der Karlsruher Speditionsgesellschaft m. b. H., sowie die zahlreichen Vertreter der Berufs- und Fachorganisationen. Die Begrüßungsansprache des Juniorchefs der Firma, **Hubert v. Steffelin,** gab einen interessanten Überblick über deren Werden. Den äußeren Anlaß zur Feier gebe die 30. Jährung des Tages der Übertragung der Amtlichen Güterbestätterei an Herrn Eugen von Steffelin. Aber auch all die anderen Jubiläen und Gedenktage, die seit Kriegsbeginn eingetreten seien, aber durch die Ungunst der Verhältnisse nicht begangen werden konnten, sollen heute gefeiert werden, auch das Richtfest für unsern neuen Güterbahnhof, den wir nach fast 30jährigem Warten jetzt endlich bekommen haben. Nachdem der Senior der Firma als Kaufmann einige Jahre im In- und Auslande tätig war, übernahm er am 1. September 1877 zusammen mit seinem früh verstorbenen Bruder Anton von Steffelin, das seit dem 1. Juni 1865 bestehende Kohlengeschäft von Otto Krauth in Karlsruhe und führte es unter der Firma A. v. Steffelin weiter. Gleichzeitig wurden die Grundstücke Bahnhofstraße 44/46 (jetzt Baumeisterstraße 44/46) erworben und auf ihnen das Geschäft betrieben. Im Hause Bahnhofstraße 44 bezog auch Herr Eugen von Steffelin Wohnung, welche er auch heute noch inne hat. Das Geschäft entwickelte sich aus kleinen Anfängen — u. a. waren ursprünglich zur Warenbeförderung nur 3 Pferde vorhanden — zu einem der bedeutendsten Geschäfte der Branche. Im Jahre 1894 — der Fuhrpark war inzwischen auf 12 Pferde angewachsen — bot sich Gelegenheit, das Amtliche Bestätterei-Unternehmen, das damals von den Herren Rauch & Becker geführt wurde und schon seit den 60er Jahren bestand, käuflich zu erwerben. Die Geschäfte dehnten sich in der Folge immer mehr aus und im Jahre 1908 wurde durch Zukauf des seit 1868 bestehenden Möbeltransportgeschäftes von Allgeier auch noch der Möbeltransport aufgenommen. Die Leitung dieses neuen Zweiges übernahm der Sohn des Geschäftsinhabers, Herr Hubert von Steffelin. Der Ausbau der Firma war in stetigem Fortbau begriffen. Es wurden etwa 120 Arbeiter, 80 Pferde und etwa 180 Fahrzeuge beschäftigt, worunter mehr als 30 Möbelwagen. Jäh wurde die weitere Entwicklung der Firma durch den Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 gestört. Hinzu kam der Verfall unserer Währung. Manchmal schien es ein Ding der Unmöglichkeit: aber nicht rasten und nicht rosten, der alte Wahlspruch der Firma hat den Grund zu weiteren Fortschritten gelegt. Die Firma beschäftigt heute wieder rund 120 Angestellte und Arbeiter etwa 65 Pferde und rund 200 Fahrzeuge, darunter 40 Möbelwagen und 8 Kraftwagen; der Betrieb ist zum überwiegend größten Teil in eigenen Grundstücken untergebracht und sämtliche Reparaturen und Neuanfertigungen, seien es Schmiede-, Wagnerei-, Sattlerei- und Anstreicherarbeiten, werden im eigenen Betrieb hergestellt. Durch die neuerdings vollzogene freundschaftliche Annäherung an die Firma **Karlsruher Speditionsgesellschaft** m. b. H., vorm Carl Lassen, wurde der Wirkungskreis der Firma noch erweitert und vertieft. — Dies alles ist das Werk des Seniorchefs. Der Redner dankt sodann allen treuen Mitarbeitern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Firma auch weiterhin wachsen, blühen und gedeihen möge.

Es begann dann die Reihe der **Glückwunschreden.** Für die Handelskammer sprach Stadtrat **Künkel,** der mitteilte, daß die Handelskammer eine besondere Adresse überreichen lasse. Oberbürgermeister Dr. **Finter** gedachte der Beziehungen der Firma zu der Stadt, Regierungsrat **Singrün** namens der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Oberpostrat **Löffler** namens der Oberpostdirektion und der Postämter Karlsruhe. Verkehrsdirektor **Lacher** namens des Verkehrsvereins. Namens der Amtlichen Güterbestätter verlas Herr **Henk**-Heidelberg eine Adresse mit warmen Glückwünschen. Es folgten Glückwünsche der Gesellschaft „Alemannia", die Herr Reuter aussprach. Herr **Rühle,** der Leiter der Möbeltransportabteilung, feierte den Senior der Firma als Beispiel der Pflichterfüllung, überreichte eine prächtige Majolikavase und brachte ein Hoch auf die Firma aus. Weitere Gratulanten waren Herr v. **Mauer**-Stuttgart unter Übergabe eines sinnigen Angebindes, Direktor **Kitt** namens der Vereinsbank, als Vertreter der Arbeiterschaft Güterbegleiter **Hallmayer,** namens der Gesangsabteilung Sattlermeister **Burst** unter Überreichung entsprechender Angebinde.

An den Festakt schloß sich ein **bunter Abend** mit gemeinsamem Essen, der unter Mitwirkung von bekannten Mitgliedern des Landestheaters einen prächtigen Verlauf nahm und zahlreiche, speziell für das Fest vorbereitete Vorträge und sonstige lustige Überraschungen brachte, u. a. unter dem Motto: „Zeppelin-Steffelin" ein durch den Saal schwebendes Modell des künftigen Möbeltransportluftschiffes der Firma. Umrahmt waren Festakt und bunter Abend vom Musikverein „Harmonie" und der Gesangsabteilung der Firma.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

		3. Nov. Geld	3. Nov. Brief	1. Nov. Geld	1. Nov. Brief
Amsterdam	100 G.	166.08	166.92	165.09	165.91
Kopenhagen	100 Kr.	72.79	73.15	72.52	72.88
Italien . .	100 L.	18.32	18.42	18.19	18.29
London . .	1 Pfd.	19.05	19.15	18.94	19.03
Newyork .	1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . .	100 Fr.	22.06	22.18	22.06	22.12
Schweiz .	100 Fr.	80.76	81.16	80.64	81.04
Wien	100 000 Kr.	5.91	5.94	5.91	5.94
Prag .	100 Kr.	12.50	12.56	12.50	12.56

Zuteilung überall 100 Prozent

Heute verschied nach kurzer Krankheit unser langjähriger lieber Mitarbeiter

Herr Medizinalrat Dr. Schultes.

Wir verlieren in ihm einen vortrefflichen Kollegen, die Angestellten einen gütigen Vorgesetzten, die Kranken einen väterlichen Freund.

Sein Andenken wird uns unvergeßlich bleiben.

Illenau, den 1. November 1924.

Anstaltsdirektion:
Dr. Thoma.

Beerdigung in Illenau, Dienstag nachmittag 4 Uhr.

D.717

Badisches Landestheater.
Montag, 3. Nov. 7½—n. 9 Uhr. Sp. I. 4.—
Th.-Gem. B.V B. Nr. 4401—4800.
Unter Leitung von Wilhelm Franz Reuss vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg a. G.
Sonderkonzert
des Bad. Landestheater-Orchesters
Werke von Berlioz, Rich. Strauss, Tschaikowsky.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 4. Nov. 7—9¾ Uhr. Sp. I. 7.—
Abonn. A 8. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200
Gleichzeitig Volkbühne Nr. 2.
Zar und Zimmermann.

Badische Lichtspiele Konzerthaus
Mittwoch, 5. und Donnerstag, 6. November, abends 8 Uhr
Erstaufführung!
Wunder des Werdens im Weltall
Eine machtvolle Apotheose der Schöpfung
Naturwissenschaftlicher Großfilm mit Vortrag des Bearbeiters und bekannten Urzeitforschers
Dr. O. Hauser, Berlin D.716
Vorverkauf: Musikhaus **Müller,** Kaiserstr.
Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.—, —.60
Siehe Plakatsäulen

INDUSTRIE-AUSSTELLUNG

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends **Eintritt 30 Pfg.** **Ausstellungs-Katalog 30 Pfg.**
mit Beiträgen von Geh. Oberbaurat Prof. Dr. Ing. Rehbock / Prof. Dr. Teichmüller / Prof. Dr. Freudenberg
Prof. Dr. Ing. Gaber / Prof. Dr. Ing. Probst / Prof. Dr. Hausrath / Ingenieur Frank D.704
Wirtschaftsbetrieb — **Künstlerkonzert** — **Abends Radiokonzert**

Zentral-Handels-Register für Baden.

Bühl. Y.67

Handelsregistereintrag Abt. B Band I O.-Z. 26: Firma **Bühlag, Aktiengesellschaft für Schrauben- und Maschinen-Industrie** in Bühl i. B.: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 19. August 1924 ist die Umstellung des Grundkapitals von 30 Millionen Papiermark auf 400 000 Goldmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt. Der § 5 der Statuten ist entsprechend geändert, desgleichen die §§ 2, 14 Ziff. 2, 15 der Statuten. (Geschäftsjahr, Zuständigkeit und Vergütung des Aufsichtsrats.) Ferner wird bekannt gemacht: Das umgestellte Grundkapital ist eingeteilt in 400 Aktien im Nennbetrage von je 1000 Goldmark lautend auf den Inhaber.

Bühl, 29. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht II.

Donaueschingen. Y.44

In das Handelsregister B O.-Z. 14 wurde heute eingetragen zur Firma **Dampfsägewerk Wolterdingen G. m. b. H.** in Wolterdingen: Die Prokura des Hans Maczielok in Wolterdingen ist erloschen.

Donaueschingen, 23. 10. 24.
Bad. Amtsgericht.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 18. September 1924 zu Firma: **Webler und Heiß, Holzwaren- und Haushaltungsartikel** mit Sitz in Grötzingen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst, die Firma erloschen. **Amtsgericht.** Y.68

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 23. Oktober 1924 die Firma: **Karl Weber** mit Sitz in Durlach. Einzelkaufmann Karl Weber, Kaufmann in Durlach. Angegebener, nicht eingetragener Geschäftszweig: Hut- und Herrenartikel-Spezialgeschäft. **Amtsgericht.** Y.72

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 24. Oktober 1924 zu Firma **Gaier & Schneider** mit Sitz in Berghausen: Firma erloschen. **Amtsgericht.** Y.73

Engen. Y.50

Handelsregistereintrag 4 Band I O.-Z. 166 von heute: Firma **Buggle und Grieninger, Agenturen und Kommissionen, Immobilien und Finanzierung, offene Handelsgesellschaft** in Immendingen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Otto Buggle und Friedrich Grieninger in Immendingen.

Engen, 21. Okt. 1924.
Amtsgericht.

Engen. Y.51

Zum Handelsregister A Band I wurde bei O.-Z. 135 — **Maier-Gnirs,** Schaffhausen, Zweigniederlassung in Engen — eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Engen, 7. Okt. 1924.
Amtsgericht.

Gernsbach. Y.52

Zum Handelsregister B O.-Z. 18, Firma **Filtermassefabrik Obertsrot G. m. b. H.** in Obertsrot wurde heute eingetragen: Der Geschäftsführer Otto Reuß ist gestorben, an seiner Stelle ist der Kaufmann Fritz Raeße in Ettlingen zum Geschäftsführer bestellt.

Gernsbach, 24. Okt. 1924.
Amtsgericht Gernsbach.

Karlsruhe. Y.74

In das Handelsregister B Band IX O.-Z. 51 ist zur Firma **Spirituosenbank Aktiengesellschaft,** Karlsruhe eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 1. August 1924 wurde die Firma geändert in: **Süddeutsche Spirituosen, Aktiengesellschaft.**

Karlsruhe, 25. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.75

In das Handelsregister B Band I O.-Z. 91a ist zur Firma **Holzindustrie, Kohlengroßhandel & Baumaterialien Max Pfaelzer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung** Darmstadt-Karlsruhe, Zweigniederlassung Karlsruhe eingetragen: Die Zweigniederlassung in Karlsruhe ist aufgehoben.

Karlsruhe, 27. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.76

In das Handelsregister B Band V O.-Z. 53 ist zur Firma **Badische Industrie G. m. b. H.,** Karlsruhe eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 21. Oktober 1924 wurde § 7 Abs. II des Gesellschaftsvertrags geändert. Hiernach vertreten mehrere Geschäftsführer die Gesellschaft gemeinsam, so daß immer zwei Geschäftsführer die Gesellschaft vertreten. Bernhard Abele, Kaufmann, Karlsruhe, Josef Wulf, Kaufmann, ebenda, und Bernhard Singer, Kaufmann, Bretten, sind als weitere Geschäftsführer bestellt.

Karlsruhe, 27. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.77

In das Handelsregister B Band VIII O.-Z. 14 ist zur Firma **Walter Hochhäuser & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe, eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Walter Hochhäuser ist beendet. Karl Bachmann, Kaufmann, Karlsruhe, ist als Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Erwin Reinfried ist erloschen.

Karlsruhe, 28. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.78

In das Handelsregister B Band VIII O.-Z. 2 ist zur Firma **„Lignea" Holzverwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe, eingetragen: Die Prokura des Moritz Kramer ist erloschen.

Karlsruhe, 30. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.79

In das Handelsregister B Band III O.-Z. 27 ist zur Firma **Süddeutsche Gipsindustrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe, eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Georg Frank ist infolge Ablebens beendet. Gipsermeister Franz Bosch, Ettlingen, ist als weiterer Geschäftsführer bestellt.

Karlsruhe, 30. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Karlsruhe. Y.80

In das Handelsregister A ist eingetragen:

Zu Band I O.-Z. 318 zur Firma **Cillis & Cie.,** Karlsruhe: **Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma erloschen.**

O.-Z. 319 zur Firma **Heinrich Rosenfeldt,** Karlsruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma erloschen.

Zu Band II O.-Z. 46 zur Firma **J. E. Schmidt,** Karlsruhe: Die Firma ist geändert in: **J. E. Schmidt, Inh. B. Brunn.**

Zu Band III O.-Z. 19 zur Firma **Jacob Möloth,** Karlsruhe: Einzelkaufmann: Fritz Möloth, Kaufmann, Karlsruhe. Die Prokura des Fritz Möloth ist erloschen. Die Gesamtprokura der Sophie Frey ist in Einzelprokura umgewandelt.

O.-Z. 92 zur Firma **Friedrich Emmerich,** Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft. — Egon Schmitteckert, Kaufmann, Durlach ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Der Gesellschafter Emmerich ist zur Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt, während der Gesellschafter Schmitteckert nur in Gemeinschaft mit Emmerich vertretungsberechtigt ist. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1924 begonnen.

Zu Band IV O.-Z. 235 zur Firma **Inkasso-Bank, Otto Hemberger,** Karlsruhe: Die Firma ist erloschen.

Zu Band VII O.-Z. 127 zur Firma **Karl Seubert,** Karlsruhe: Die Prokura des Bernhard Albrecht ist erloschen.

O.-Z. 263 zur Firma **Gebrüder Baer,** Karlsruhe: Die Prokuren des Sigmund Simon- und Martin Bruchsaler sind erloschen.

Zu Band VIII O.-Z. 111 zur Firma **Möbelkaufhaus Emma Karrer,** Karlsruhe: Die Firma ist geändert in: **Möbelkaufhaus E. Karrer & Sohn.** Offene Handelsgesellschaft. Fritz Georg Karrer, Kaufmann, Karlsruhe ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Die Prokura des Fritz Georg Karrer ist erloschen. Friedrich Guhl, Kaufmann, Durlach, Einzelprokurist. Die Gesellschaft hat am 23. September 1924 begonnen.

Karlsruhe, 31. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Mannheim. X.354

Zum Handelsregister B Band XXV O.-Z. 5, Firma **„Höfer u. Co., Gesellschaft mit beschränkt. Haftung"** in Mannheim, wurde heute eingetragen: Georg Höfer ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Geschäftsführer Kaufmann Emil Sarter wohnt jetzt in Feudenheim.

Mannheim, 15. 8. 1924.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Mannheim. X.946

Zum Handelsregister B Band VIII O.-Z. 5, Firma **„Mineralölraffinerie Rheinau Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** in Rheinau, wurde heute eingetragen: Julius Richner, Mannheim, ist zum Geschäftsführer bestellt. Alfred Pfretzschner ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

Mannheim, 13. 10. 1924.
Bad. Amtsgericht. B.-G. 4.

Pforzheim. X.325

Handelsregistereintrag.

Firma **Süddeutsche Disconto Gesellschaft Aktiengesellschaft** in Mannheim mit Zweigniederlassung in Pforzheim unter der Firma Süddeutsche Disconto Gesellschaft Aktiengesellschaft, Filiale Pforzheim. Die Prokuren des Adolf Körber und des Otto Heinrich Stahl sind erloschen.

Amtsgericht Pforzheim.

Lahr. Y.69

Handelsregistereintrag Lahr A I 199: Firma **Gustav Walter jr.** in Ottenheim. Die Firma ist erloschen.

Lahr, 27. Okt. 1924.
Amtsgericht.

Radolfzell. Y.53

Zum Handelsregister B I O.-Z. 13 ist bei der Firma **Gotthard Allweiler, Pumpenfabrik A.-G.** in Radolfzell eingetragen:

Die Prokura des Ludwig Angerer ist erloschen.

Radolfzell, 27. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht I.

Schwetzingen. Y.70

Handelsregistereintrag Abt. B zu O.-Z. 6 — J. B. Eder Ziegelwerke Aktiengesellschaft, Brühl —. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. Oktober 1924 ist das Grundkapital auf 80 000 Goldmark umgestellt. Die Umstellung ist erfolgt. Die Satzung ist entsprechend geändert. Zusatz: Das Grundkapital ist eingeteilt in 400 Aktien von je 200 Goldmark.

Schwetzingen, 27. 10. 24.
Bad. Amtsgericht I.

Sinsheim. Y.54

Handelsregistereintrag Firma **„Universum", Aktiengesellschaft zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Handel und Industrie,** Sinsheim: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Mannheim verlegt.

Sinsheim, 27. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht.

Sinsheim. Y.55

Handelsregistereintrag B Band I O.-Z. 14: Firma **„Vereinigte Badische Staatssalinen Dürrheim-Rappenau, Aktiengesellschaft"** in Rappenau. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. August 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens: Fortführung der bisher vom badischen Staat betriebenen Salinen in Rappenau und Dürrheim, sowie der zugehörigen Nebenbetriebe. Die Gesellschaft darf neue Nebenbetriebe errichten, sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Sie darf im In- und Ausland für ihre Zwecke Grundstücke erwerben und Zweigniederlassungen unter derselben oder einer anderen Firma errichten. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 200000 GM. zerlegt in 200 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je 1000 GM. Nennwert, GM. = 10/42 nordam. Dollars.

Vorstand: Karl Falk, Direktor in Rappenau und Fritz Kirchenbauer, Bergrat in Dürrheim. Der Vorstand wird von dem Aufsichtsrat bestellt und abberufen; derselbe bestimmt die Zahl der Mitglieder des Vorstands und ob eine oder mehrere Personen die Gesellschaft vertreten dürfen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den deutschen Reichsanzeiger und ergehen unter der vom Vorstand zu unterzeichnenden Firma der Gesellschaft. Die Berufung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch öffentl. Bekanntmachung in einer in Baden erscheinenden Zeitung mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung. Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: der badische Landesfiskus, Oberfinanzrat Dr. Franz Fetzer, Oberfinanzrat Theodor Martin, Bankdirektor Richard Betz und Forstmeister Ernst Fudickar, alle in Karlsruhe. Von den bei der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere dem Prüfungsberichte des Vorstandes und des Aufsichtsrats kann bei dem unterzeichneten Gericht Einsicht genommen werden.

Sinsheim, 24. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht.

Stockach. Y.83

In das Handelsregister A Band I O.-Z. 185 wurde heute eingetragen: Firma **Eugen Schatz** in Wahlwies. Inhaber ist Eugen Schatz, Kaufmann in Wahlwies.

Stockach, 30. Okt. 1924.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Triberg. Y.56

Handelsregistereintrag B Band II O.-Z. 13 — Firma **Metallindustrie Schiele und Bruchsaler A.-G.** Hornberg —: Ingenieur Fritz Twelsiek in Hornberg ist zum Vorstandsmitglied bestellt.

Triberg, 27. Okt. 1924.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Überlingen. Y.57

Handelsregistereintrag O.-Z. 301 Abt. A Band I: **Johann Knisel & Söhne** in Süßenmühle. Offene Handelsgesellschaft. Beginn: 1. Oktober 1924. Persönlich haftende Gesellschafter: Johann Knisel, Mühlenbesitzer, Paul Knisel, Kaufmann, Franz Leitenstern, Müller, alle in Süßenmühle. (Angegebener Geschäftszweig: Handelsmüllerei, Handel mit Getreide und einschlägigen Artikeln.)

Überlingen, 27. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht.

Überlingen. Y.58

Zu O.-Z. 281 des Handelsregisters Abt. A Band I betr. die Firma **Bernhold & Co.** in Überlingen wurde eingetragen:

Die offene Handelsgesellschaft ist mit Wirkung vom 24. Oktober 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

Überlingen, 24. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht.

Villingen. Y.81

Zu O.-Z. 365 des diesf. Handelsregisters A Bd. I: Firma **Schwarzwälder Apparate-Bau-Anstalt August Schwer Söhne** in Villingen wurde heute eingetragen:

Die Prokura des Rudolf Thomasowitz ist erloschen.

Villingen, 25. Okt. 1924.
Amtsgericht.

Waldshut. Y.71

Handelsregistereintrag A Band II O.-Z. 38 Firma **„Auto Kempf Inh. August Kempf und Friedrich Kaempf"** in Waldshut. Gesellschafter: Automobilhändler August Kempf in Waldshut und Kaufman Friedrich Kaempf in Schachen. Die offene Handelsgesellschaft hat am 2. September 1924 begonnen.

Waldshut, 29. Okt. 1924.
Amtsgericht.

Weinheim. Y.45

Zum Handelsregister A Band II O.-Z. 75 wurde eingetragen: Die Firma **„Heinrich Best, Kammfabrik in Hemsbach".** Inhaber ist **Kaufmann Heinrich Best** in Birkenau. Geschäftszweig: Fabrikation von Kämmen und Haarschmuck.

Weinheim, 24. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht I.

Weinheim. Y.46

Zum Handelsregister A Band II O.-Z. 73 zur Firma **„Heinrich Stahl & Co.** in Weinheim wurde eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von der seitherigen Gesellschafterin Margareta Metz in Neckarhausen fortgeführt.

Weinheim, 24. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht I.

Vereinsregister.

Karlsruhe. Y.82

In das Vereinsregister Band XII O.-Z. 20 ist eingetragen: **Gartenbauverein Exerzierplatz-Süd,** Karlsruhe.

Karlsruhe, 30. Okt. 1924.
Bad. Amtsgericht B II.

Pforzheim. X.326

Handelsregistereinträge.

1. Firma **Christian Frank Nachf.** in Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der seitherige Gesellschafter Karl Bangert ist alleiniger Inhaber der Firma.

2. Firma **Anton Holzky** in Pforzheim. Inhaber ist Anton Holzky, Kaufm. in Breslau.

3. Firma **Friedr. Röhm** in Pforzheim: Die Prokura des Bruno Bader in Pforzheim ist erloschen.

Amtsgericht Pforzheim.

Karlsruher Speditionsgesellschaft m. b. H.
(vormals Carl Lassen)
Kaiserstraße 148 KARLSRUHE Telephon 4949 und 4950
Filiale Wintersdorf (Baden), Hauptstraße 17, Telephon Rastatt 521
Internationale Transporte, Sammelladungs-Verkehre, Großtransporte, Versicherungen
Lagerhallen mit Gleisanschluß Rollfuhrbetrieb Autotransporte
D643

Haniel
Ruhr-Nußkohlen und Brechkoks
aus unseren Zechen „Neumühl" und „Rheinpreußen"
Anthracitkohlen aus unserer Zeche „Ludwig"
Unionbriketts / Brennholz
in nur erstklassigen Qualitäten und in jedem Quantum zu niedrigsten Preisen frei Haus prompt lieferbar D696
FRANZ HANIEL & CIE., G. M. B. H.
Kaiserstr. 231 Kohlengroß- u. Kleinhandlung, Rheinreederei Tel. 4855 u. 4856

BEI BEDARF VON
Versand Kartons
Lager u. Ladenkasten
Überzogene Kartons
u. s. w.
VERLANGEN SIE UNVERBINDLICHES PREISANGEBOT
KARTONNAGENFABRIK
C. Liedgens Sohn
INHABER FRIEDRICH NEUER
KARLSRUHE i. BADEN
BISMARCKSTRASSE 49 · FERNRUF 3136, 3123
D160

RCB GEGR. 1870
Wir besorgen alle bankgeschäftlichen Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern
D553
RCB GEGR. 1870
RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE
HAUPTGESCHÄFT KAISERSTR. 90 ECKE RITTERSTR. * ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTR. 44 * DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF)

Druck G. Braun, Karlsruhe.